

Büro für Integration

des Kreises Groß-Gerau



Jahresbericht 2023



Steuerung/Büro für Integration
Wilhelm-Seipp-Str. 4
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 989 517
bfi@kreisgg.de

Impressum

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Fachbereich Steuerung
Wilhelm-Seipp-Str. 4
64521 Groß-Gerau

Kontakt:

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Fachbereich Steuerung/Büro für Integration
Wilhelm-Seipp-Str. 4
64521 Groß-Gerau

bfi@kreisgg.de

netzwerk-demokratie@kreisgg.de

Webseiten:

www.kreisgg.de/integration

www.kreisgg.de/netzwerk-demokratie

www.aktivevielfalt.de

www.nora-gg.de

Verfasser*innen:

Garofalo, Ivan

Müller, Sarah

Pape, Lena

Yıldız, Sedef

Zmarai, Wida

in Abstimmung mit Windirsch, Claus

Bildmaterial:

AdobeStock@bayuprahara

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Stand: April 2024

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Das Wichtigste in Kürze.....	4
2. Handlungsfelder des Büros für Integration	5
3. Entwicklungen und Ergebnisse im Jahr 2023	6
3.1. Gremien und Netzwerke	7
3.1.1. Integrationsmanagement	7
3.1.2. Antirassismuserbeit.....	15
1.2 Projekte und Maßnahmen.....	17
1.2.1 Integrationsmanagement	17
1.2.2 Antirassismuserbeit.....	22

Vorwort

Im Kreis Groß-Gerau leben 286.596 Menschen in 14 Städten und Gemeinden (Stand 31.12.2022). Insgesamt hat etwa 47,9% der Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund, das sind 137.290 Einwohner*innen. Davon besitzen 72.310 Personen einen nichtdeutschen Pass (25,2%).

Nahezu die Hälfte der Bevölkerung im Kreis Groß-Gerau hat eine Migrationsbiografie. Um den Anforderungen und Bedingungen einer pluralen Gesellschaft zu entsprechen, muss weiterhin zielgerichtet an den Strukturen der Dienstleistungen und Angeboten der Kreisverwaltung für die Bevölkerung gearbeitet werden. Zudem müssen mit Akteur*innen vor Ort in den Kommunen Maßnahmen und Projekte verstetigt werden.

Vorliegender Bericht gibt einen Überblick über das Leistungsspektrum sowie einen Einblick in die vielfältigen Aufgabenfelder des Büros für Integration im Jahr 2023. Dargelegt werden insbesondere Bestrebungen des Büros - auch in Kooperation mit weiteren Fachbereichen, Fachdiensten und externen Kooperationspartner*innen – bestehende Strukturen und Maßnahmen entsprechend einer vielfältigen Gesellschaft weiter zu entwickeln. Tätigkeiten, die sich in der alltäglichen Arbeit des Integrationsbüros zeigen, wie z. B. Beratungsleistungen, Vermittlungen zwischen unterschiedlichen Stellen, Personen oder Personengruppen, Übersetzungsanfragen, Informationsweitergaben oder auch Beschwerdeanfragen unterschiedlicher Art, sind darin nicht aufgeführt.

Migration ist prinzipiell keine neue Herausforderung. Sie ist eine weitere Facette der kommunalen Vielfalt. Doch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und sich ständig wandelnde Anforderungen und Aufgaben führen dazu, dass die Arbeit im Bereich Integration in einem ständigen dynamischen Veränderungsprozess sein muss. Aufgrund dieser Tatsache werden die Prioritäten der Handlungsfelder immerwährend neu ausgehandelt und Schwerpunkte in der Arbeit des Büros für Integration anders verteilt.

Für detaillierte Informationen zu den Zielen und Aufgaben des Büros für Integration, Aufbau und Struktur und den Strategieansätzen wird auf den Jahresbericht für 2019 verwiesen.

Darüber hinaus sind Informationen zu den Gremien, Arbeitsgruppen und Netzwerken sowie Projekte und Maßnahmen in der „Konzeption und Aufgabenstellung des Büros für Integration des Kreises Groß-Gerau“ enthalten, abrufbar auf der Homepage des Kreises Groß-Gerau unter www.kreisgg.de/integration.

Das Büro für Integration Kreis Groß-Gerau

1. Das Wichtigste in Kürze

Das Netzwerk Integrationsmanagement wurde 2019 in eine dynamische Struktur umgewandelt, um die Komplexität der Integrationsarbeit und der Integrationsprozesse sichtbar zu machen, vorhandene Ressourcen der Akteur*innen im Bereich Migration zu bündeln und insbesondere die aktuelle „Bedarfslage Migration“ zu analysieren und Handlungsbedarfe zu identifizieren.

Das erfolgreich funktionierende Netzwerk und die steigende Wahrnehmung des Büros für Integration als wichtige Querschnittsstelle für die Gestaltung von Angeboten und Maßnahmen haben dazu geführt, dass Anfragen und Bedarfsmeldungen an das Büro für Integration gestiegen sind und daraus sich neue Aufträge generiert haben.

Geprägt war das Jahr 2023 von der Haushaltslage der Kreisverwaltung. Da der Integrationsbereich immer noch als freiwilliger Bereich strukturiert ist, war das Büro für Integration stark von der Haushaltssperre betroffen. Etablierte Veranstaltungsformate und Aktionen wie der Fachtag Demokratie, der Come-Together-Preis, u.W. konnten nicht stattfinden. Auch viele der geplanten neuen Maßnahmen oder Vorhaben wie Vernetzung von interkulturellen Vereinen und Migrant*innenorganisationen oder Außerschulische Sprachförderung konnten nicht umgesetzt werden. Dem kam hinzu, dass aufgrund personeller Fluktuation die Koordinationsstelle der Fachstelle ab April 2023 bis Ende des Jahres unbesetzt blieb.

Trotzdem hat sich das Team des Büros für Integration weiterhin für das Empowerment von Einwohner*innen des Kreises sowie Akteur*innen im Handlungsfeld Migration und Antirassismuserbeit eingesetzt und Fachkräfte, Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit beraten, begleitet und unterstützt. Dies wurde mit der guten und etablierten Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnerschaften möglich.

Für das Jahr 2024 werden folgende Themenbereiche und Maßnahmen strategisch fokussiert:

1. **Berufliche Integration:** Das Thema „Fachkräftesicherung/-gewinnung im pädagogischen Bereich“ wird vom Büro für Integration mit dem Schwerpunkt „Unterstützung des Anerkennungsverfahrens von zugewanderten pädagogischen Fachkräften und Aufbau eines transparenten Lotsensystems“ fokussiert. Die Initiierung des Runden Tisches, von dem alle relevanten Bereiche innerhalb der Kreisverwaltung profitieren, war sehr erfolgreich.
2. **Sprachförderung Deutsch:** Die bereits bestehende Vernetzungsstruktur wird gestärkt, um mit Kooperationspartnerschaften vorhandene Defizite im System zu eruieren. Es soll an einer Übersicht gearbeitet werden, um für mehr Transparenz zu sorgen.
3. **Vielfaltsorientierte Öffnung der Verwaltung:** Vielfaltsorientierte Maßnahmen von Fachbereichen/Fachdiensten werden weiterhin begleitet und unterstützt. Auf Basis der durchgeführten Diversity-Umfrage werden die internen Handlungsoptionen im direkten Austausch mit Führungspersonen diskutiert und erweitert bzw. bedarfsorientiert angepasst.
4. **Politische Partizipation:** Die Vernetzung der Integrationskommissionen und Ausländerbeiräte im Landkreis Groß-Gerau wird unterstützt und fachlich begleitet.
5. **NoRa-GG:** Durch die Anlaufstelle NoRa werden Fälle von Betroffenen gemeldet, die Rechtsextremismus und jegliche Form von Rassismus hier im Landkreis Groß-Gerau erleben. Durch NoRa werden Betroffene beraten, begleitet und in ihren Handlungsmöglichkeiten gestärkt. Im Rahmen von NoRa werden weiterhin Bedarfe, Dynamiken und Problemfelder identifiziert. Die Fälle werden anonym dokumentiert und mit dem Jahresbericht veröffentlicht.

2. Handlungsfelder des Büros für Integration

Das Büro für Integration ist im Fachbereich Steuerung angesiedelt, welcher dem Landrat zugeordnet ist. Integrationsmanagement und Antirassismuarbeit bilden die zwei Säulen der Arbeit im Büro für Integration. Der Themenbereich Antirassismuarbeit ist der Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus zugeordnet.

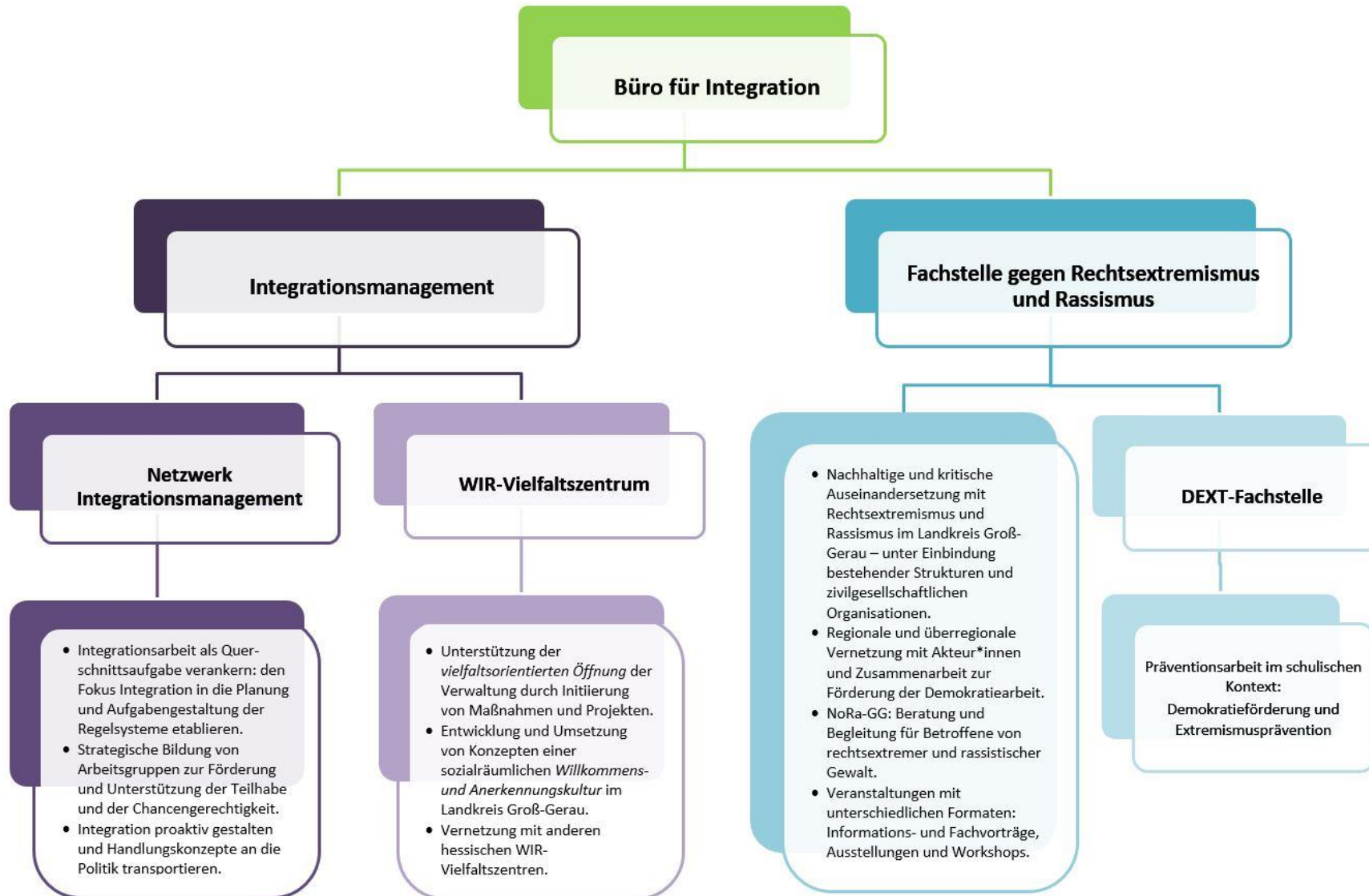


Abbildung 1: Übersicht Themenschwerpunkte des Büros für Integration

3. Entwicklungen und Ergebnisse im Jahr 2023

Die Vorstellung erfolgt in zwei Abschnitten: **Gremien und Netzwerke** (3.1.) und **Projekte und Maßnahmen** (3.2.). Die Übersicht ist thematisch unterteilt in die Bereiche **Integrationsmanagement** und **Antirassismuserbeit**. Aus den Gremien und Projekten, die durch das Büro für Integration durch aktive Teilnahme begleitet und unterstützt werden, werden lediglich über Ergebnisse berichtet, die in den Zuständigkeitsbereich des Büros für Integration fallen.

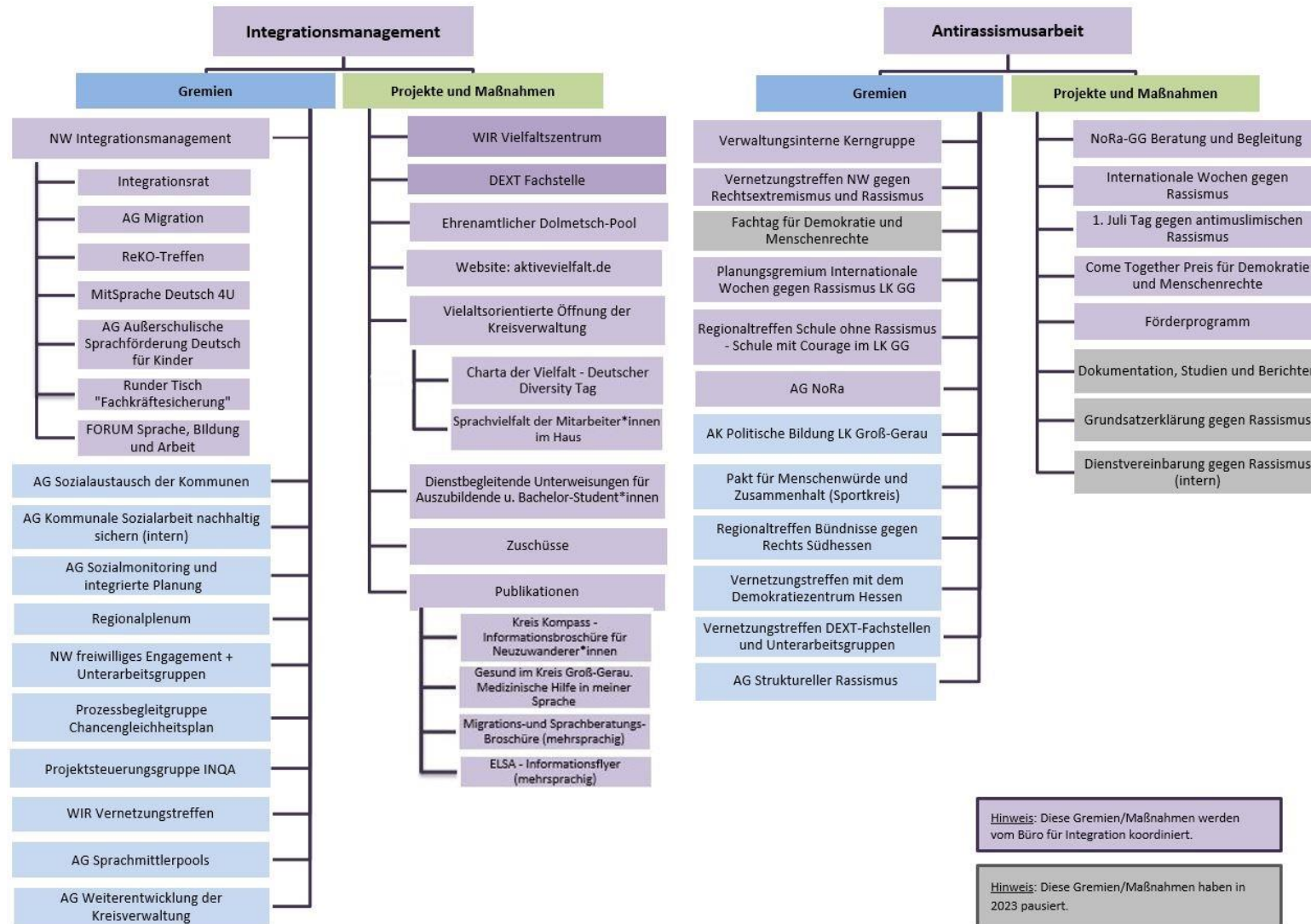


Abbildung 2: Übersicht Gremien, Netzwerke, Projekte und Maßnahmen im Büro für Integration

3.1. Gremien und Netzwerke

3.1.1. Integrationsmanagement

Netzwerk Integrationsmanagement

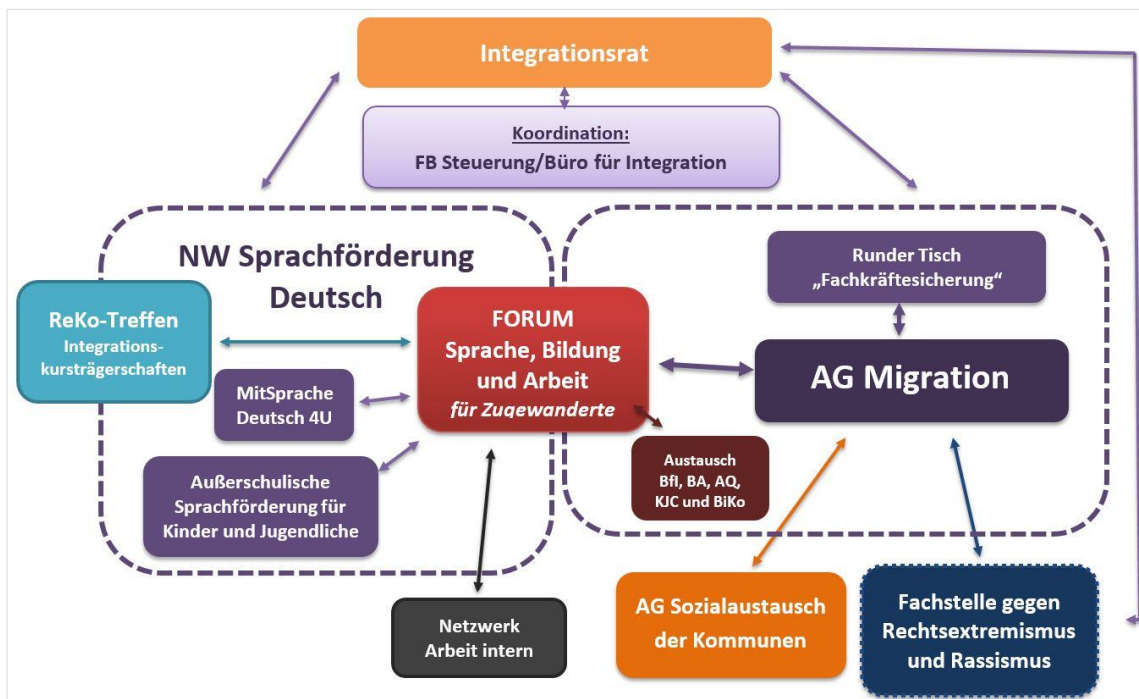


Abbildung 3: Arbeitsgruppen des Netzwerkintegrationsmanagements

a. Integrationsrat

Wichtiges aus dem Integrationsrat 2023:

- **Gesetz zur Verbesserung der Integration und Teilhabe und zur Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt:** Im März 2023 hat der hessische Landtag das Gesetz zur Verbesserung der Integration und Teilhabe und zur Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt und damit auch das erste Integrations- und Teilhabegesetz verabschiedet. Es ist am 4. April 2023 in Kraft getreten. Ende 2022 erhielten die Landkreise eine Gelegenheit zur Stellungnahme mit einer Frist von 3,5 Wochen. Trotz vieler Stellungnahmen führten die angemerkten Kritikpunkte zu keiner Veränderung im Gesetzesentwurf. Das neue Gesetz wird insbesondere von Fachkräften der Integrationsarbeit kritisch betrachtet, da Integration und Teilhabe nicht als Pflichtaufgabe verfestigt ist, sondern weiterhin als freiwillige Aufgabe definiert wird.
- **Haushaltssperre:** Da das Büro für Integration zum freiwilligen Bereich gehört, wurden geplante Veranstaltungen, Maßnahmen und Projekte in 2023 größtenteils stillgelegt. Darunter auch z.B. die Come-Together-Preisverleihung. Hierfür und für andere Maßnahmen wurden alternative kostenfreie Möglichkeiten umgesetzt.
- **Steigerung der Attraktivität des Integrationsrates:** Die Teilnahme der Mitglieder an den Sitzungen oder an Veranstaltungen des Büros für Integration ist gering. Es wurden Anregungen zur Steigerung der Attraktivität gesammelt. Das Büro für Integration ist bemüht durch bilaterale Gespräche eine Lösung zu finden. In 2024 sollen Vernetzungstreffen unter den Integrationskommissionen organisiert werden.

Folgende Sitzungen haben in 2023 stattgefunden:

- Am 22. März 2023 mit dem Fokusthema „Ehrenamtlicher Dolmetsch-Pool“.
- Am 12. Juli 2023 mit dem Fokusthema „DEXT-Fachstelle“.
- Am 22. November 2023 mit dem Fokusthema „Jahresbericht 2022“.

b. AG Migration

Die AG Migration hat sich in diesem Jahr 4x getroffen. Die kreisweiten Mitglieder der AG haben sich mit folgenden Themen und Herausforderungen beschäftigt:

- Die Integrationsbüros im Kreis Groß-Gerau waren intensiv mit der Ankunft der Schutzsuchenden und der Vermittlung von Wohnraum befasst. Die größten Herausforderungen bleiben im mangelnden Wohnraum. Die Zuweisungszahlen steigen und die damit zusammenhängende kommunale Herausforderung wächst, da die Gemeinschaftsunterkünfte voll belegt sind. Insgesamt zeigt sich ein Zuwachs an ehrenamtlichen Personen, auch unter den Neuzugewanderten, um die Integrationsarbeit in den Kommunen gemeinsam zu gestalten.
- Die Migrationsberatungsstellen und AQ-Beratungen haben von einem Zuwachs an Klient*innen berichtet. Der Anstieg der Beratungssuchenden ist unter anderem der Situation in der Ukraine und der insgesamt weiter ansteigenden Flucht aus vielen Ländern der Welt zurückzuführen. Die Themen reichen von Familienzusammenführungen, lange Bearbeitungszeiten bei Behörden bis hin zum Antragswesen. Für die kompetente Arbeit mit und für Schutzsuchende fehlen personelle Ressourcen. Nach wie vor gibt es einen hohen Betreuungsbedarf, unter anderem in Gemeinschaftsunterkünften.
- Kürzungen von Bundesmitteln: Der Bund will Gelder für Migrationsberatung drastisch kürzen. Das wird eine große Herausforderung, da schon die aktuell vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen. Auswirkungen von den Kürzungen der Bundesmittel sind u.a.:
 - Schließung des Standortes in Groß-Gerau der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland: Aufgebaute Strukturen fallen weg, ca. 300-400 Klient*innen bleiben unversorgt. Andere Einrichtungen, die schon überlastet sind, müssen diese Personen auffangen.
 - Streichung der Respektcoach-Stellen.
 - Keine Nachbesetzung von freien und unbesetzten Stellen.
- Haushaltssperre des Kreises: Die Haushaltssperre hat Auswirkungen auf die Arbeit der AG-Mitglieder. Diese sind u.a. die Unsicherheit der Finanzierung der AQ-Beratungsstellen oder die Kürzung der Pauschalen des Kreises für die kommunale Sozialarbeit.
- Erreichbarkeit der Behörden: Beratungsstellen werden in ihrer Arbeit durch die schwierige Erreichbarkeit von Behörden behindert. Aufgrund langer Bearbeitungszeiten kommt es zu Problemen bei der Grundsicherung und Transferleistungen. Das Büro für Integration nimmt sich seiner Schnittstellenfunktion an und sammelt die Fälle, um sich intern mit den Bereich abzusprechen.
- Sozialpsychische Herausforderungen: Sozialpsychische Herausforderungen der Klient*innen sind in den Vordergrund gerückt. Die psychologischen Beratungen und Verweismöglichkeiten sind schwierig, da keine Kapazitäten in den Kliniken vorhanden sind. Die Arbeit mit diesen Klienten*innen erschweren die Beratungen, da oftmals eine intensivere Betreuung der einzelnen Personen gefragt ist.
- Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden: Insbesondere in der Situation mit den ankommenden Schutzsuchenden aus der Ukraine zeigte sich in der Gesellschaft eine rassistische Haltung gegenüber Menschen, die nicht als ukrainisch oder europäisch gelesen werden. Dies wurde durch die institutionelle Diskriminierung verstärkt. Weiterhin findet Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt statt, sodass Menschen aus bestimmten Nationen das Finden von Wohnräumen erschwert wird.
- Wohnraummangel und Gemeinschaftsunterkünfte: Menschen wohnen sehr lange in Unterkünften. Das Zusammenleben in Unterkünften wird durch Alkohol- und Drogenprobleme in den Häusern, psychische Auffälligkeiten u. ä. erschwert. Der Kreis wünscht keine Belegung von Hallen und mietet Wohnräume an, dadurch finden Privatpersonen erschwert bezahlbaren Wohnraum.

- Fachkräftesicherung: Die Thematik der Fachkräftesicherung ist aus der AG Migration heraus entstanden und in den Integrationsrat eingebracht worden. Personen mit pädagogischer Ausbildung im Herkunftsland haben hohe Hürden, um in Deutschland in Einrichtungen tätig zu werden. Die staatliche Anerkennung von pädagogischen Fachkräften wird von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich gehandhabt. Durch den Integrationsrat hat das Büro für Integration den Auftrag, an dem Thema zu arbeiten. Hierfür wurde vom Büro für Integration einer „Runder Tisch“ initiiert“ (S. 10).
- Gäste und Themen in der AG Migration:
 - Monika Vogler (Regionalkoordinatorin BAMF für den Kreis Groß-Gerau): Es wurde gemeinsam entschieden, dass Frau Vogler 1x im Jahr zur AG Migration eingeladen wird, um den Informationsaustausch zwischen BAMF und den Trägerschaften der Migrationsberatung zu sichern.

Weitere Themen:

- Das Chancenaufenthaltsrecht ist 2023 in Kraft treten. Hierfür hat das Büro für Integration in Kooperation mit der kommunalen Bildungskoordination eine Informationsveranstaltung organisiert.
- Der Flyer zu Anerkennungsberatung konnte in diesem Jahr aufgrund der Haushaltssperre nicht publiziert werden. Die Veröffentlichung ist für das kommende Jahr geplant.
- Der Sprach- und Migrationsflyer wird wegen Fluktuation und Standortschließungen aktualisiert und im kommenden Jahr digital zur Verfügung gestellt.
- Studie „Lokales Integrationsmanagement in Deutschland und Europa“: Das Büro für Integration und einige Mitglieder der AG Migration haben an dieser bundesweiten Studie teilgenommen. Das Buch "Lokales Integrationsmanagement in Deutschland, Schweden und Frankreich. Verwaltung und Koordination im Mehrebenensystem" ist 2023 erschienen.
- Einige junge Menschen, die Jugendintegrationskurse begonnen haben, kommen mit dem Tempo der Kurse nicht zurecht. Für diese Gruppe gibt es kein Angebot an Sprachkursen. Der Bedarf ist bekannt, aber aufgrund der Haushaltssperre sind keine neuen Maßnahmen möglich.
- Im Jahr 2024 wird eine Klausurtagung stattfinden. Insbesondere wird es darum gehen, um welche Akteur*innen sich die Arbeitsgruppe erweitern oder reduzieren soll. Die AG Migration wird auch im kommenden Jahr im selben Turnus tagen.

Fazit: An den strukturellen und institutionellen Zugangsbarrieren gibt es weiterhin keine positiven Entwicklungen. Sie sind stets existent und verhindern sowohl die Teilhabe als auch die Chancengerechtigkeit für zugewanderte Menschen. Probleme der Zielgruppen verstärken sich durch fehlende bzw. unzureichende Vernetzung der Akteur*innen im Bereich der Sozialen Arbeit/Asyl. Vernetzungsarbeit stagniert weiterhin massiv. Großflächige Kürzungen in verschiedenen Bereichen der Integrationsarbeit bzw. der Beratungsarbeit erschweren vielen Institutionen und Einrichtungen die Weiterentwicklung und die Prozessoptimierung von ihren stets wachsenden Aufgaben.

Der Wohnungsmarkt im Landkreis Groß-Gerau ist insbesondere für Menschen mit Migrationsbiografie eine große Herausforderung. Hier bedarf es an innovativen, bezahlbaren und fairen Lösungen.

c. ReKo-Treffen

Die ReKo-Treffen bieten Raum für einen Informationsaustausch unter den Sprachkursträgerschaften sowie mit der Regionalkoordinatorin des BAMF. Themen in 2023 waren:

- Chancen-Aufenthaltsrecht: Das Büro für Integration und die Kommunale Bildungskoordination für Neuzugewanderte im Kreis Groß-Gerau haben im Mai 2023 gemeinsam mit der Ausländerbehörde Kreis Groß-Gerau eine Infoveranstaltung zum Chancen-Aufenthaltsrecht organisiert. Das Gesetz hat Auswir-

kungen auf den Zugang zum Integrationskurs. Für die Teilnahme am Integrationskurs wird die Aufenthaltsperspektive künftig kaum eine Rolle spielen. Demnach sind Integrationskursträgerschaften herausgefordert entsprechend Kurse zu organisieren und umzusetzen.

- Öffnung der Integrationskurse: Seit der Öffnung der Integrationskurse ist nicht nur die Auslastung der einzelnen Integrationskursträgerschaften gewachsen, sondern ebenfalls das Angebot. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass eine weitere Herausforderung damit einhergeht. Die Alphabetisierung muss weiter in den Blick genommen werden. Die Auslastung der Integrationskurse liegt bei fast 100%. Darüber hinaus ist der Bedarf nach B-Kursen gestiegen.
- Lehrkräftemangel: Es besteht weiterhin ein akuter Bedarf an Lehrkräften in allen Bereichen, es ist schwierig, geeignete Fachkräfte zu bekommen. Die Lehrkräfte wandern an die Schulen ab, weil sie dort einen Festvertrag bekommen. Stets wird die Netzwerkarbeit genutzt, um Lehrkräfte anzuwerben.

d. MitSprache Deutsch 4U

Das kreisweite Austauschgremium Deutsch4U hat sich zwei Mal getroffen.

Es kamen im Jahr 2023 neue Herausforderungen auf die Trägerschaften zu. Insbesondere die Arbeit mit HeZas, welches ein Programm zur Pflege der Kursdatenbank ist. Das Programm ist administrativ mit viel Zeit und Komplexität verbunden, so dass es die Arbeit der Trägerschaften erschwert. Die bürokratischen Hürden über die komplizierte Online-Antragstellung und die Verwaltungsstarre hinaus werden durch die Pflege der Online-Datenbank zusätzlich erschwert und lassen keine Flexibilität und Dynamik zu. Dies führte beispielsweise auch dazu, dass der Deutsche Kinderschutzbund Rüsselsheim keinen Deutsch4U Kurs mehr anbietet. Die administrativen Hürden zu hoch: Niedrigschwellige Angebote wie Sprachcafés oder Sprachtreffs können nicht mit den administrativen Aufgaben eines Sprachkurses gleichgestellt werden.

Den größten Nachteil erfahren - wie bereits seit 2020 zugetragen - die Frauen. Das Regierungspräsidium finanziert keinen Tag der Angebote, wenn die Mindestteilnehmerinnenanzahl nicht erreicht ist, selbst wenn Begründungen und Entschuldigungen vorliegen. Frauen ist zumeist die regelmäßige Teilnahme nicht möglich, da sie keine Kinderbetreuung haben. Hier ist weiterhin das Problem, dass weder die Förderrichtlinien noch die Ressourcen der Trägerschaften keine Kinderbetreuung zum Kurs ermöglichen. Zumal das Interesse der Frauen an den Angeboten sehr groß ist, ihre Teilnahme aber aufgrund struktureller Hürden scheitert.

Das Büro für Integration arbeitet an einem Unterstützungsformat, da viel Wert auf das Projekt gelegt und es weiterhin als ein wichtiges Sprachförderangebot für zugewanderte Menschen in unserem Landkreis betrachtet wird.

e. AG Außerschulische Sprachförderung Deutsch für Kinder

Die Arbeitsgruppe „Außerschulische Sprachförderung Deutsch für Kinder“ hat in 2023 pausiert, da sich der Fokus der Arbeit vorerst auf das Thema „Fachkräftesicherung“ und „Anerkennungsberatung“ gelegt hat. In 2024 wird die Arbeitsgruppe wieder an dem Thema weiterarbeiten.

f. Runder Tisch „Fachkräftesicherung“

Das Thema „Fachkräftesicherung im pädagogischen Bereich“ wurde im letzten Jahr im Integrationsrat diskutiert und beraten. Viele Beratungssuchende (überwiegend Frauen) haben eine Ausbildung im pädagogischen Bereich in ihrem Herkunftsland. Sie möchten ihre erlernten pädagogischen Berufe auch in Deutschland weiterführen, stoßen aber an große Hürden. Der Bedarf an einer geeigneten Maßnahme, um diese Personen zu lotsen und als Fachkräfte gewinnen zu können, wird festgestellt. Das Büro für Integration wird vom Landrat beauftragt einen runden Tisch in 2023 mit relevanten Akteur*innen zu bilden, um gemeinsam an der Konzipierung einer möglichen Maßnahme für den Landkreis Groß-Gerau zu arbeiten.

Der Runde Tisch, der vom Büro für Integration ins Leben gerufen wurde, soll primär dazu dienen, dass ein regelmäßiger interner Informationsaustausch mit allen Bereichen, die sich mit der Fachkräftesicherung/-gewinnung beschäftigen, stattfindet und Synergieeffekte erzielt werden. Mitglieder des Runden Tisches sind neben dem Büro für Integration, das Büro für Chancengleichheit, der Fachbereich Jugend und Familie (FD Kindertagesbetreuung), der Fachbereich Bildung und Schule (FD Ganztagschule), das Kommunale Jobcenter, die Personalentwicklung, die kommunale Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte, die Bundesagentur für Arbeit sowie eine Stellvertreterin der Werner-Heisenberg-Schule. Ein Treffen des Runden Tisches findet alle zwei Monate statt.

Das Auftakttreffen nach bilateralen Vorgesprächen mit betroffenen Fachbereichen und Institutionen fand im Frühjahr 2023 statt. Das Büro für Integration hat in diesem Themenfeld den Schwerpunkt bei der Unterstützung und der Anerkennung von zugewanderten Erzieher*innen und der damit einhergehenden beruflichen Integration in diesem Bereich. Für den eigenen Schwerpunkt hat das Büro für Integration folgende Schritte umgesetzt:

- Bereits existierende Qualifizierungsmaßnahmen in Hessen- sowie bundesweit - verglichen.
- Da es sich um eine zertifizierte Qualifizierungsmaßnahme handeln soll, wurden auch Gespräche mit AZAV „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ geführt. Eine Finalisierung soll erst bei der Konkretisierung der Qualifizierungsmaßnahme erfolgen.
- Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten wurden geprüft.
- Abfrage an die Kommunen zur Eruiierung, ob es bereits solche Maßnahmen gibt und ob eine Zusammenarbeit erwünscht ist. Die Resonanz war weitgehend positiv.
- Eine Bedarfsanalyse über bestehende Potentiale im Landkreis: Es wurden (Migrations-) Beratungsstellen angefragt. Das Ergebnis war, dass es viele Personen gibt, die das Potential und den Wunsch haben im pädagogischen Bereich sich beruflich zu integrieren, aber durch das Auffangsystem fallen, weil sie keinen Leistungsbezug beim Kommunalen Jobcenter oder der Bundesagentur für Arbeit beziehen. Zusätzlich besteht das Problem der Anerkennung, da die Hürden zu hoch oder die Wege nicht transparent sind.
→ *In diesem Zusammenhang sowie durch die AG Migration ist ein Flyer „ready to work“ entstanden, der eine Übersicht sowie Unterstützung bei der Anerkennung von Berufs-/Studienabschlüssen geben und die Integration in den Arbeitsmarkt fördern soll.*

Im Rahmen des Runden Tisches wurde festgestellt, dass die Werner-Heisenberg-Schule in Rüsselsheim bereits eine Anpassungsqualifizierung für Personen, die im Herkunftsland eine pädagogische Ausbildung/Studium absolviert haben, umsetzt. Das Ziel ist das Erreichen einer Gleichwertigkeit zur Staatliche Anerkannten Erzieher*in. Es gibt die Möglichkeit eine Eignungsprüfung an der Schule oder einen Anpassungslehrgang zu absolvieren. Beide Anpassungslehrgänge stellen eine Qualifizierungsmöglichkeit dar, welche im nächsten Jahr in einen konkreteren Rahmen gefasst werden soll.

g. FORUM Sprache, Bildung und Arbeit für Zugewanderte

Das FORUM trifft sich zwei Mal im Jahr, um sich bezüglich der Herausforderungen und Bedarfe für die Versorgung von Zugewanderten mit adäquaten Bildungsangeboten (inkl. Sprachförderung und beruflicher Qualifizierung) auf Leitungsebene auszutauschen und gemeinsam Lösungsansätze zu finden. Wichtige Erkenntnisse waren:

Themenfeld Sprachförderung:

- Es ist ein konstanter Bedarf an Integrationskursen vorhanden. Im Vergleich zu der Zeit vor dem Krieg in der Ukraine gibt es im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ einen Zuwachs von mind. 30%.
- Ein gesteigener Bedarf an Alphabetisierungs- und Zweitschriftlernerkursen ist vorhanden. Auch der Bedarf an B2-Berufssprachkursen ist nach wie vor groß.

- Sowohl die Integrationskursträgerschaften als auch das Staatliche Schulamt meldeten weiterhin einen großen Bedarf an DaF/DaZ-Lehrkräften, der momentan nicht gedeckt werden kann. Diese Situation stellt sie vor große Herausforderungen.
- MitSprache Deutsch 4U: Im Vergleich zu den letzten Jahren ist ein Rückgang an Deutsch4U-Trägerschaften im Kreis Groß-Gerau zu verzeichnen. Gründe hierfür sind kommunikative und administrative Hürden mit dem Regierungspräsidium und die Öffnung der Integrationskurse für weitere Personengruppen durch das neue Gesetz „Chancen-Aufenthaltsrecht“.
 - Am 09.05.2023 hat das Büro für Integration und die Kommunale Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte eine Infoveranstaltung "Chancen-Aufenthaltsrecht" organisiert.
 - Im Jahr 2024 plant die Kommunale Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte gemeinsam mit den beiden WIR-Koordinatorinnen (Landkreis Groß-Gerau und Stadt Rüsselsheim am Main) eine Infoveranstaltung, um das Förderprogramm MitSprache Deutsch4U bei weiteren Vereinen zu bewerben. Zudem ist eine stärkere und umfangreichere Unterstützung bei den administrativen Aufgaben in Absprache mit dem Ministerium geplant.
- Integrationsturbo: Mit dem von Bundesminister Heil geplanten Integrationsturbo, der aus einem Maßnahmenpaket besteht, wird das Ziel verfolgt, Integrationsverläufe von Geflüchteten zu beschleunigen. Dies beinhaltet, dass anerkannte Geflüchtete, die Bürgergeld beziehen, bereits mit dem Sprachniveau B1 oder A2 in Arbeit vermittelt werden sollen. Dadurch wird sich die Berufssprachkurslandschaft verändern. Eine mögliche Veränderung wäre, dass Berechtigungen für B2-Kurse nicht mehr ausgestellt werden, so wie es in NRW laut dem für den Kreis Groß-Gerau zuständigen BAMF- ReKo bereits praktiziert wird. Darauf angesprochen positionierte sich das Kommunale Jobcenter Kreis Groß-Gerau eindeutig: Das Kommunale Jobcenter Kreis Groß-Gerau wird auch im nächsten Jahr weiter Berechtigungen für B2-Berufssprachkurse ausstellen.
- Sprachberatungsflyer: Der Flyer wurde im Jahr 2023 überarbeitet und aktualisiert.

Themenfeld Arbeit und Qualifizierung:

- Bürgergeld: Ende des letzten Jahres wurde das Bürgergeld-Gesetz auf den Weg gebracht, welches nach einigen Nachschärfungen zum 01.01.2023 in Kraft trat. Beim Bürgergeld-Gesetz steht das Fördern im Vordergrund. Damit können Bürgergeldbezieher*innen nicht mehr zu Maßnahmen verpflichtet werden. Stattdessen wird gemeinsam mit ihnen eine Strategie erarbeitet. Im Gesetz sind keine Sanktionen mehr vorgesehen, Leistungsminderungen sind allerdings noch möglich. Durch Inkrafttreten des neuen Gesetzes hat sich auch der Umgang mit Maßnahmen und das Maßnahmenportfolio geändert.
- Arbeits- und Qualifizierungsberatung:
 - In der Beratung dominierte wie auch im letzten Jahr das Thema Anerkennungsberatung. Die WIR-Koordinatorin im Büro für Integration und die Kommunale Bildungskordinatorin haben einen Flyer mit vereinfachten Informationen zur Anerkennungsberatung entwickelt. Dieser konnte jedoch aufgrund der Haushaltssperre nicht fertiggestellt werden. Die Übersetzung in einfache Sprache und der Druck sind für 2024 geplant.
- Die Fachstelle Neuzugewanderte des KJC bietet kreisweit offene Sprechstunden an. Es gibt die Möglichkeit, jederzeit individuelle Angebote einzuplanen.

Themenfeld Bildung:

- Der größte Handlungsbedarf besteht weiterhin im Bereich der Intensivklassen:
 - Viele Kinder sind nicht versorgt und warten auf einen Platz in einer Intensivklasse, obwohl mehrere Intensivklassen neugegründet und die Klassenstärke erhöht wurden. Diese Kinder konnten 2-3 Monate nicht beschult werden.

Fazit: Im Austausch wurde sichtbar, dass die Ukraine-Krise weiterhin Auswirkung auf den Arbeits- und Bildungsbereich hat. Die Dopplung von ausgestellten Integrationskurs-Berechtigungen beispielsweise führen zu Nachteilen für Teilnehmende und für die Trägerschaften. Weiterhin treffen verschlechterte Rahmenbedingungen am meisten die Kinder bzw. Schüler*innen. Niederschwellige Angebote zur Alphabetisierung sind dringend notwendig. Weitere Herausforderungen sind der Integrationsstau und seine Auswirkungen für die Berufssprachkurse und der anhaltende DaZ/DaF-Lehrkräftemangel.

AG Sozialaustausch der Kommunen

Die vom Fachbereich Soziale Sicherung verantwortete Arbeitsgruppe Sozialaustausch der Kommunen hat sich in 2023 zweimal getroffen. Folgende Themen wurden in der AG besprochen:

- Aktuelle Informationen zu Schutzsuchenden aus der Ukraine.
- Wohnungssicherungsstelle im Landkreis und Umsetzungsstand.
- Neuorganisation Stabsstelle Asyl und Zuwanderung.
- Gemeindepflege und Lebenslagenbericht für ältere Menschen.
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

AG Kommunale Sozialarbeit nachhaltig sichern (intern)

Die AG hat sich zwei Mal getroffen. Folgende Themen wurden in der AG besprochen:

- Bericht 2022 und Konzepte 2023 der Kommunen.
- Vorbereitung der der Sitzung AK Sozialaustausch der Kommunen.

NW freiwilliges Engagement und Unterarbeitsgruppen

Das Netzwerk freiwilliges Engagement und der Austausch in Unterarbeitsgruppen wird vom Fachdienst Sport, Kultur und Ehrenamt geleitet. Im Jahr 2023 haben aufgrund eines Personalwechsels und der Nichtbesetzung der Stelle (Haushaltssperre) keine Austauschtreffen stattgefunden.

Das Büro für Integration hat sich bilateral mit der Stadt Groß-Gerau und Gernsheim bzgl. der Implementierung eines Integrationslotsenprojektes ausgetauscht. Diese Ideen sollen im kommenden Jahr weiterentwickelt werden.

Projektsteuerungsgruppe INQA

Gemeinsam mit den internen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte war die Leiterin vom Büro für Integration federführend für zwei Maßnahmen im Bereich Chancengleichheit & Diversity verantwortlich. Die Maßnahme „Diversitygerechte Personalauswahl und mehr Personal mit Migrationsbiografie“ wird seit 2021 umgesetzt. Aktueller Stand „Geschlechter- und diversitygerechte Text- und Bildsprache“:

- Mit fachlicher Unterstützung von Nikola Poitzman wurden Handlungsoptionen erarbeitet, die in der Leitungskonferenz vorgestellt wurden. Im Jahr 2024 wird das Konzept in den Fachdienstleiter*innen-Runden vorgestellt, um alle Führungskräfte am Prozess zu beteiligen und in den Austausch zu gehen.

Ende 2023 wurde der Re-Auditierungsprozess von INQA beendet.

WIR-Vernetzungstreffen

Die Vernetzungstreffen der WIR-Koordinationskräfte sind in den zwei Schwerpunkten „Willkommen- und Anerkennungskultur (WAK)“ und „Interkulturelle Öffnung (IKÖ)“ aufgeteilt. Themen der WIR-Vernetzungstreffen 2023 waren die folgenden:

- Schulung bzgl. einer vorurteilsreflektierten Pädagogik mit dem Anti-Bias-Ansatz.
- Das Chancenaufenthaltsrecht: Das Chancen-Aufenthaltsrecht soll als einmalige Stichtagsregelung in Deutschland integrierten geduldeten Ausländer*innen zu einem Bleiberecht verhelfen. Es soll nicht als dauerhaftes aufenthaltsrechtliches Instrumentarium etabliert werden.

- Vorstellung des Hessischen Integrations- und Teilhabegesetzes von Dr. Jennifer Trunk, Referentin, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration.
- Planspiel "Integration in Taberlingen": Das Planspiel stellt ein Modell dar, um die Dynamiken politischer Entscheidungsfindung und gesellschaftlicher Integration zu simulieren. Das Spiel, eingebettet in den fiktiven Kontext des Landkreises Taberlingen, bot den Teilnehmenden eine Plattform, um sich mit komplexen Herausforderungen wie Integration, politischem Extremismus und zivilgesellschaftlicher Beteiligung auseinanderzusetzen.
- Studienergebnisse „Flucht aus der Ukraine und Leben in Deutschland“ durch Dr. Andreas Ette, Leiter Forschungsgruppe Internationale Migration beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
- Vorstellung des Praxisprojektes „Clearingstelle“ und „Ukrainian Coordination Center“ Frankfurt durch Florian Sauermann (Verwaltungsleiter im AmkA) und Victoria von Rosen (Initiatorin des UCC)
- Maßnahmen und Konzepte zur vielfaltsorientierten Öffnung der Verwaltung – Neue Ideen, Gelingensfaktoren und Hürden im Blickpunkt.
- Vernetzung mit Migrant*innenorganisationen – Kooperation, Einbindung und Projekte auf kommunaler Ebene.
- Inklusion von Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Grundlegenden Dienstleistungen (Gesundheit, Wohnen, Gewaltschutz) durch Prof. Ilker Ataç, Hochschule Fulda.
- Online Projektmesse: Innovative Integrations- und Teilhabeprojekte, Förderung von Migrantenorganisationen, Integrationsverträge, Förderung der digitalen Kompetenz von Frauen mit Migrationsgeschichte.
- Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte auf kommunaler Ebene“ von Sven Messerschmidt und Johannes Glöckner, Forschungskollektiv Peripherie und Zentrum an der FH Erfurt.
- Aufstieg des Rechtspopulismus in Hessen vs. Menschenrechtsorientierung: Welche Zielgruppen müssen erreicht werden und mit welchen Instrumenten um auf lokaler Ebene Vielfaltsorientierung zu stärken?
- Umsetzung des Anti-Bias-Ansatzes im Arbeitsalltag – Erfolge und mögliche Strategien bei Gegenwind bzw. Veränderungswiderstand.
- Bedarfsanalyse zu Gesundheitskompetenz von Menschen mit Migrationsgeschichte in Hessen – Ergebnisse und Diskussion“ im Rahmen des GKV-Projekts „WIR fördern Gesundheit“.

Die Regionaltreffen mit den WIR-Vielfaltszentren aus Südhessen sind 2023 weiter fortgeführt worden. In einem ersten Austauschtreffen wurden folgende Themen behandelt: Austausch über Netzwerkarbeit und Best Practice, über Politische Teilhabe, Landtagswahlen 2023. Des Weiteren wurde die weitere Zusammenarbeit im kommenden Jahr behandelt und Konsens über die Fortführung der Regionaltreffen gefunden.

Mit dem Vielfaltszentrum Rüsselsheim wurden regelmäßige Jour-Fix-Termine wahrgenommen. Neben aktuellen Maßnahmen und Herausforderungen wurde auch über die weitere Zusammenarbeit und mögliche Kooperationen gesprochen. Die Treffen sollen auch im kommenden Jahr fortgeführt werden.

AG Sprachmittlerpools

Die hessenweite Arbeitsgruppe zur Sprachmittlung beschäftigte sich mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Digitale Lösungen zur Betreuung von Sprachmittler*innen-Pools: Es gibt von Seiten des HSMI Überlegungen zu einer hessenweiten Lizenz, wenn eine geeignete Software gefunden ist.
- WIR-Förderrichtlinie zur Förderung von Laiendolmetscher*innen: Wie kann die Mittelabschöpfung weiter vorangetragen werden?
- Wichtigkeit von Sprachmittler*innen im Gesundheitswesen, Belastung und Arbeitsbedingungen von dolmetschenden Personen in der Psychotherapie.
- Geltende Grenzen der Steuerfreibeträge für ehrenamtliche Laiendolmetschende.

- Integrationslots*innen vs. Dolmetscher*innen: Abgrenzung und Überschneidung.
Das Büro für Integration war Teil einer Arbeitsgruppe des Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, die sich über Unterschiede in der Praxis von Laiendolmetschenden und Integrationslots*innen ausgetauscht hat. Neben der Abgrenzung und Überschneidungen der Förderschwerpunkte wurde auch über das Antragswesen diskutiert.

Das Büro für Integration hat sich zudem im Rahmen des Ehrenamtlichen Dolmetsch-Pools an einer bundesweiten wissenschaftlichen Befragung zur Belastung und den Arbeitsbedingungen von Dolmetscher*innen in der Psychotherapie beteiligt.

AG Weiterentwicklung der Kreisverwaltung

Das Büro für Integration war Mitglied in der Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Kreisverwaltung. Die AG war ein Dialog- und Arbeitsgremium für interessierte Mitarbeitende, die Veränderungen in der Kreisverwaltung mitgestalten und anstoßen wollen. Die Beteiligung des Büros für Integration an der AG hatte zum Ziel, die Kreisverwaltung vielfaltsorientiert, diskriminierungsfrei und rassismuskritisch weiterzuentwickeln.

Im März 2023 hat das Büro für Integration seine Arbeitsschwerpunkte präsentiert. Das Projekt wurde zum Jahresende von den Initiatoren beendet, da sich ein echtes Beteiligungsforum nicht entwickelt hat.

3.1.2. Antirassismuarbeit

Verwaltungsinterne Kerngruppe

Die verwaltungsinterne Kerngruppe hat sich 2023 viermal getroffen. Im Jahr 2023 lag der Fokus weiterhin auf den Strukturen und auf der Aufgabeverteilung innerhalb des Netzwerks und der Kerngruppe. Gemeinsam wurde im letzten Jahr innerhalb der Kerngruppe entschieden, das Format des Vernetzungstreffens zu ändern, um wirksamer aktiv werden zu können. Diese wurden mit Mitgliedern des Netzwerks diskutiert und angenommen. Leider gab es auch bei diesem Format eine sehr geringe Beteiligung an Aktionen.

Ein herausforderndes Thema war die Haushaltssperre im Jahr 2023, weshalb sich die Mitglieder über alternative Möglichkeiten ausgetauscht haben, um Veranstaltungen möglichst mit Hilfe von Sponsoren oder kostenfrei zu gestalten.

Vernetzungstreffen des Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Am 28. Januar 2023 fand das erste Planungstreffen statt, um eine gemeinsame Aktion für das Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu planen.

15 Personen folgten der Einladung und haben erst in Kleingruppen und dann im Plenum verschiedenste Themen, die sie aktuell in Ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Arbeit bewegt, miteinander diskutiert. Letztendlich konnte gemeinsam beschlossen werden, dass das Thema „Landtagswahlen“ im Jahr 2023 im Fokus des Netzwerks stehen soll. Die Überlegung für das gesamte Netzwerk nur eine große Aktion zu planen, wurde verworfen, da das Netzwerk mittlerweile sehr divers in seinen Themen und auch Zielgruppen aufgestellt ist.

Entschieden wurde, dass jedes Mitglied mit einem Aktionsbeitrag im eigenen Handlungsfeld sich individuell zu dem Thema einbringt. Unter einem gemeinsamen Label des Netzwerks sollten die Aktionen sichtbar gemacht und miteinander in Verbindung gebracht werden. Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus hatte dabei den Auftrag, die Aktionen zu sammeln und zu bewerben.

Im März 2023 fand ein Netzwerktreffen statt: Hier hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre geplanten Ideen noch einmal intensiver zu besprechen und sich mit den anderen Teilnehmenden darüber auszutauschen. Leider traf es insgesamt aber auf wenig Resonanz und Rückmeldungen.

PROJEKT	Wichtig	Wirkung	Anzahl	SUMME
Landtagswahl	●●●●●	●●●●●	●●●●●	26
Hilfstraining	●●●●●	●●●●●	●●●●●	4
...	●●●●●	●●●●●	●●●●●	18
...	●●●●●	●●●●●	●●●●●	17

Planungsgremium Internationale Wochen gegen Rassismus Landkreis Groß-Gerau

Ende 2022 hatte sich das Gremium digital getroffen, um die Erstellung der gemeinsamen Broschüre zu planen. Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat die Broschüre mit allen Veranstaltungen im Landkreis Groß-Gerau zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus koordiniert und erstellt. Weitere Informationen zu stattgefundenen Veranstaltungen und Aktionen finden Sie auf Seite 24.

Regionaltreffen Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage im Landkreis Groß-Gerau

Aufgrund der Haushaltssperre konnte im Jahr 2023 kein Treffen organisiert werden.

AG NoRa

Die AG NoRa ist ein Zusammenschluss von NoRa-Ansprechpersonen im Landkreis Groß-Gerau. Aufgrund der Personalsituation und der Haushaltssperre konnten im Jahr 2023 keine Austauschtreffen stattfinden. Unterstützungen und Kooperationen wurden im Rahmen von bilateralen Treffen geklärt.

Vernetzungstreffen mit dem Demokratiezentrum Hessen (BeratungsNetzwerk Hessen)

Das Demokratiezentrum Hessen hat in diesem Jahr zwei Treffen veranstaltet:

- Oktober 2023: „Klimakrise und Demokratieförderung – Was geht uns das an?“. Der Vortrag des Philosophen Dr. Johannes Müller-Salo beleuchtete die Frage nach der „(Generationen-)Gerechtigkeit und Demokratie im Kontext Klimakrise“. Insbesondere ging es darum, Strategien zu bedenken, wie ein zukünftiges Zusammenleben in einer gespaltenen Gesellschaft aussehen könnte. Denn trotz lauter Stimmen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft agiere Politik nicht schnell genug auf wissenschaftliche Klimaprognosen zur Erderhitzung. Bei der Tagung ging es darum, Anknüpfungspunkte für die Demokratiearbeit zu finden.
- November 2023: „Das antiziganistische Gedächtnis: visuelle Konstruktion des Anderen“. Nach dem Vortrag von Dr. Frank Reuter (Geschäftsführer der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg) organisierte das Demokratiezentrum Hessen einen freien Austausch aus aktuellem Anlass. Es wurde ein Raum geboten, damit Fachkräfte aus den jeweiligen Kompetenzbereichen sich über den israelisch-palästinensische Konflikt auszutauschen. Unterstützt wurde das Vernetzungstreffen von RIAS Hessen.

Vernetzungstreffen der DEXT-Fachstellen und Unterarbeitsgruppen

2023 trafen sich die DEXT-Fachstellen insgesamt fünf Mal, dabei handelt es sich um zwei jährliche Vernetzungstreffen der DEXT-Fachstellen, zwei Klausurtagungen mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) und ein Treffen aufgrund aktueller weltpolitischer Ereignisse.

1. Jährliche Vernetzungstreffen:

- Januar: Vereinbarungen über Workshops für DEXT-Fachstellen zur Verweisberatung, Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen sowie die Erstellung eines DEXT-Flyers. Swen Eigenbrodt, der neue Leiter des Referats Prävention im Landespolizeipräsidium, hat das Treffen geleitet.
- Oktober: Feedback zu aktuellen Geschehnissen, Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen HKE und den DEXT-Fachstellen.

2. Klausurtagungen:

- März (in Frankfurt am Main): Die DEXT-Fachstelle Frankfurt am Main stellt sich und seine Schwerpunktthemen vor. Es folgen Präsentationen und Projektvorstellungen von Ofek Hessen (Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt) und der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen. RIAS berichtet zusätzlich über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen im Phänomenbereich Antisemitismus. Im freien Austausch erhalten die DEXT-Fachstellen in Kleingruppen die Möglichkeit über ihre aktuelle Arbeit zu sprechen. Themen sind hier insbesondere die Förderfähigkeit von Maßnahmen im Bereich Homo-/Transfeindlichkeit. Diese Phänomenbereiche seien insofern förderfähig, wenn der Bezug zu Extremismus- bzw. Radikalisierungsprävention erkennbar sind.

- Juli (in Marburg): Die Studie „Erfahrungen mit Bedrohungslagen von Bürgermeister*innen in Hessen“ der Philipps-Universität Marburg wird vorgestellt. Im Anschluss präsentiert die Mobile Beratungsstelle Hessen Strategien und Best-Practice-Beispiele im Umgang mit Bedrohungslagen kommunaler Mandatsträger*innen und Mitarbeitender vor. Es werden spezifische Fallbeispiele genannt – viele DEXT-Fachstellen berichten über Vorfälle in ihren Kommunen.

Im darauffolgenden freien Austausch der DEXT-Fachstellen mit dem HKE wird darauf verwiesen, dass Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Gruppen im Vorfeld auf extremistische bzw. verfassungsfeindliche Ziele zu prüfen sind. In Kleingruppen wird dann der Frage nachgegangen, welche Herausforderungen im Zusammenhang mit Bedrohungslagen kommunaler Mitarbeitenden und Mandatsträger*innen bereits bestehen, und welche Rolle die DEXT-Fachstellen in der Bearbeitung dieser einnehmen können oder sollen. Fazit der Kleingruppenarbeit ist, dass eine besondere Herausforderung der innerbehördliche Informationsfluss darstellt. Die DEXT-Fachstellen sollten demnach stärker in die kommunalen Sicherheits- und Präventionsstrategien eingebunden werden. Thematisiert wurde in diesem Zusammenhang auch die Bedrohungslage der DEXT-Fachstellen und die damit verbundene Frage nach der Beantragung einer Auskunftssperre nach § 51 Bundesmeldegesetz (BMG). Es wird angeregt eigene Sicherheitskonzepte für die jeweiligen Kommunen zu entwickeln.

3. Digitales Treffen im Dezember „Aktuelle Situation Nahostkonflikt“

- Vorrangig ging es um den Austausch über Präventionsmaßnahmen im Kontext des Nahostkonfliktes. Das HKE war ebenfalls eingeladen. Es wurde auf die „Kampagne für ein friedliches Zusammenleben“ des Innenministeriums hingewiesen, die durch das Landesprogramm „Hessen aktiv“ gefördert wird. Des Weiteren berichtet das HKE über zahlreiche Maßnahmen mit Bezug auf die Themenfelder Antisemitismus und den Nahostkonflikt unmittelbar nach dem 7. Oktober. In allen DEXT-Kommunen sei eine verstärkte Nachfrage nach Informationen und Maßnahmen in diesem Themenbereich zu erkennen. Besonders im Fokus steht die pädagogische Bearbeitung des Themenkomplexes in den Schulen.

AG Struktureller Rassismus

Das Büro für Integration ist Mitglied in einer Arbeitsgruppe zum Strukturellen Rassismus, welche vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration initiiert worden ist. Die Arbeitsgruppe hat eine Handreichung „Rassismuskritik und Vielfaltsorientierung der WIR-Vielfaltszentren. Verstehen – reflektieren – verändern.“ erarbeitet. Eine Veröffentlichung wird für Anfang 2024 angestrebt und würde eine gute Arbeitsgrundlage für die Arbeit der WIR-Vielfaltszentren in Hessen bieten.

1.2 Projekte und Maßnahmen

1.2.1 Integrationsmanagement

WIR-Vielfaltszentrum im Kreis Groß-Gerau

Seit 2014 fördert die Hessische Landesregierung mit dem Landesprogramm „WIR“ (Wegweisende Integrationsansätze Realisieren) innovative Projekte, um die Teilhabechancen zugewanderter Menschen zu erhöhen. Im Jahr 2020 wurden die Förderrichtlinien umfassend weiterentwickelt und die bisherigen Stellen der WIR-Koordination und des WIR-Fallmanagements für Geflüchtete ab 2021 zum WIR-Vielfaltszentrum gebündelt. Das WIR-Vielfaltszentrum ist in der Kreisverwaltung Groß-Gerau im Büro für Integration angedockt. Schwerpunkte der beiden WIR-Fachkräfte sind die vielfaltsorientierte Verwaltung und die Willkommen- und Anerkennungskultur.

Ziel der Arbeit ist es, Einwohner*innen aus dem Landkreis Groß-Gerau einen gleichberechtigten Zugang zu Angeboten zu ermöglichen und Konzepte einer sozialräumlichen Willkommens- und Anerkennungskultur zu

entwickeln. Einzelne Maßnahmen und Projekte, die von den WIR-Fachkräften getragen werden, sind im Bericht dargestellt. Die Aufgaben der WIR Fachkräfte gestalten sich nach folgenden Themenfeldern:



DEXT-Fachstelle im Kreis Groß-Gerau

Die vom Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ geförderte DEXT-Fachstelle ist in der Kreisverwaltung im Büro für Integration angedockt. Dort dient sie als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Fragen und Angelegenheiten zu den Themen Demokratieförderung, Radikalisierung und Extremismusprävention. Für die Sonderstatusstadt Rüsselsheim gibt es eine weitere DEXT-Fachstelle im Landkreis Groß-Gerau.

Die Arbeit ist phänomenübergreifend und gestaltet sich unabhängig von jeglicher Parteipolitik. Das Ziel der Fachstelle ist es, die Menschen im Landkreis in ihrem Engagement für die Demokratie zu stärken, sie zu vernetzen, für extremistische Tendenzen zu sensibilisieren und präventiv zu wirken.

Zum Themenfeld Extremismus arbeitet die DEXT-Fachstelle intensiv mit der wissenschaftlichen Mitarbeiterin für die Prävention von politisch motivierter Kriminalität (PMK) im Polizeipräsidium Südhessen zusammen und tauscht sich regelmäßig mit den südhessischen DEXT-Fachstellen aus.

Schwerpunkt der DEXT-Arbeit im Landkreis Groß-Gerau: Präventionsarbeit im schulischen Kontext

Der Fragebogen für Schulsozialarbeiter*innen sowie Lehrkräfte aller Schulzweige (Förderschulen ausgenommen) wurde ausgewertet: Im Rahmen der Auswertung zeigte sich, dass viele der Fachkräfte Unsicherheiten im Umgang mit häufig auftretenden Phänomenbereichen haben und die Beratungslandschaft in der Region und hessenweit teilweise unbekannt sind. Da die Umfrageauswertung aber noch kein vollständiges Bild im Kontext Schule ergibt, werden im nächsten Schritt weitere Akteur*innen mit einbezogen. Dazu gehören beispielsweise die Schüler*innen selbst. Es soll als nächstes eine Vernetzungsstruktur aufgebaut werden. Zudem hat im März 2023 eine interne Fortbildung zum Thema „Reichbürger*innen und Selbstverwaltung“ stattgefunden, um die Kolleg*innen im Haus zu unterstützen, die immer mehr Berührungspunkte mit diesem

Personenkreis haben. Die interne Fortbildung fand in Form eines Online-Vortrags statt, der von einer Mitarbeiterin des hessischen Landesverfassungsschutzes durchgeführt wurde. Im Vortrag ging es darum, Teilnehmende zu informieren, zu sensibilisieren und ihnen Handlungsoptionen im Umgang mit Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen aufzuzeigen. Die Fortbildung traf auf hohe positive Resonanz. Interne Strukturen wurden im Nachgang weiterentwickelt, um mehr Transparenz für Anlaufstellen herzustellen.

Ehrenamtlicher Dolmetsch-Pool



Zahlen im Überblick:

- 490 Gespräche wurden gedolmetscht,
- 83 Anfragen konnten nicht umgesetzt werden,
- 24 neue ehrenamtliche Dolmetscher*innen wurden gewonnen.
- 12 neue Kooperationspartnerschaften.
- 1 neue Sprache im Pool.

Einsätze und Nutzung des Dolmetsch-Pools

2023 wurden etwa 490 Gespräche aus dem kreisweiten Dolmetsch-Pool unterstützt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Jahr die Anzahl der neuen ehrenamtlichen Dolmetscher*innen, die für den Pool gewonnen werden konnten. Die Nutzer*innen des Pools sind weiterhin insbesondere Schulen, Kitas, das Jobcenter und verschiedene Fachdienste der Kreisverwaltung.

Über 80 Anfragen konnten nicht koordiniert werden, da entweder die Sprache(n) im Pool nicht vorhanden sind, die Entfernung der Einsatzorte zu weit war oder Einsatzbereiche nicht vom Ehrenamtlichen Dolmetsch-Pool übernommen werden, u.a. im Medizinwesen oder bei rechtlichen Gesprächsinhalten.

Die Einführung des Online-Formulars beweist sich weiterhin als große Erleichterung, jedoch gehört die gesamte Digitalisierung des Pools zu einer wichtigen Zukunftsaufgabe. Die Implementierung einer App oder eines ähnlichen Programms für die Koordination der Einsätze, Rechnungstellung, etc., erscheint im Zuge des stetigen Wachstums von Dolmetsch-Anfragen und von den immer mehr wachsenden Pools als alternativlos.

Akquise und Basisschulung weiterer Dolmetscher*innen

Mit 12 neuen Institutionen wurden Kooperationsvereinbarungen geschlossen, so dass die Nachfrage nach ehrenamtlichen Dolmetscher*innen kontinuierlich gestiegen ist. Es wurden weitere Ehrenamtliche gewonnen: Zum einen hat eine Basis-Schulung stattgefunden und zum anderen konnten Personen aus dem „Ukraine-Pool“ in den Ehrenamtlichen Dolmetsch-Pool eingegliedert werden. Aufgrund der vielen Schutzsuchenden aus der Ukraine sind die Sprachen Russisch und Ukrainisch stark gefragt und konnten durch die Erweiterung des Pools weitestgehend unterstützt werden. Auch andere stark angefragte Sprachen konnten qualitativ und quantitativ erweitert werden.

Die Schulung hat erneut in Kooperation mit dem Arbeitsbereich der Interkulturellen Germanistik der Universität Mainz stattgefunden. Eine vertiefende Schulung für die bereits im Pool eingetragenen dolmetschenden Personen war für das Thema „Nähe und Distanz im Einsatz“ geplant, musste aber aufgrund der haushaltsperre abgesagt werden. Die aktiven ehrenamtlichen Dolmetscher*innen haben sich 4x getroffen, um sich über Erfahrungen, Möglichkeiten der Weiterqualifizierung und der Zusammenarbeit mit dem Büro für Integration auszutauschen. Diese Plattform hat sich als erfolgreich bewiesen, so dass auch im kommenden Jahr regelmäßige Austauschtreffen geplant sind.

Neue Flyer zur Gewinnung weiterer ehrenamtlicher Dolmetscher*innen sind in Planung. Ebenfalls eine Neuauflage des aktuellen Flyers zur Information für Einrichtungen und Institutionen.

Vernetzung des ehrenamtlichen Dolmetsch-Pools in Hessen

Seit der Etablierung des ehrenamtlichen Dolmetsch-Pools im Kreis Groß-Gerau ist das Projekt ein Vorreiter und wurde zahlreich als Best-Practice-Projekt in Hessen angefragt und zu Austauschtreffen eingeladen. Auch in diesem Jahr wurden die Erfahrungen des Kreisprojektes von verschiedenen Landkreisen angefragt. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat das Büro für Integration zu einem Treffen eingeladen, um über Abgrenzung und Überschneidungen der Förderschwerpunkte (Laiendolmetschende und Integrationslotsen) zu sprechen. Die Ergebnisse fließen in die Novellierungen der neuen Förderrichtlinien. Hessenweit stehen zwei Themen im Fokus: Das Dolmetschen im Gesundheitswesen und die Digitalisierung von Sprachmittler*innen-Projekte. Von diesen Fragestellungen ist auch das Büro für Integration betroffen.

Fazit:

Der ehrenamtliche Dolmetsch-Pool hat sich zu einem fest etablierten Angebot im Kreis entwickelt. Insbesondere in den krisenbetroffenen Zeiten hat sich deutlich gezeigt, dass der ehrenamtliche Dolmetsch-Pool eine unverzichtbare Maßnahme für viele Themen- und Handlungsfelder ist. Gerade wenn es um die schnelle Umsetzung von Maßnahmen geht, sind die ehrenamtlichen Dolmetscher*innen unersetzbare Partner*innen. Sie wurden in zahlreichen Maßnahmen und Projekten des Büros für Integration eingesetzt und unterstützen somit auch die Vielfaltsorientierung der Kreisverwaltung und ihrer Kooperationspartnerschaften. Daraus folgt, dass der ehrenamtliche Dolmetsch-Pool als eine Dauermaßnahme im Regelangebot der Kreisverwaltung verankert und gefördert werden muss. Die Wichtigkeit des Ehrenamtlichen Dolmetsch-Pools wurde ebenfalls im Integrationsrat diskutiert. Folgende zwei Fragestellungen standen hierbei im Fokus:

1. Ausbau Ehrenamtlicher Dolmetsch-Pool: In welchen Themenfeldern/Bereichen sehen Sie Bedarf für weitere ehrenamtliche Dolmetsch-Einsätze?
2. Wie können weitere Ehrenamtliche – insbesondere im Südkreis – akquiriert werden?

Für 2024 ist eine intensivere Begleitung der aktuell knapp 100 aktiven Ehrenamtlichen geplant. Je nach Haushaltslage werden vertiefende Schulungen und Schulungen für neue ehrenamtliche Personen geplant.

Website: www.aktivevielfalt.de

Neben der wöchentlichen Aktualisierung, wurden neue Inhalte eingepflegt: Vereine wurden besucht und interviewt. Der Internetauftritt bietet Vereinen und Organisationen die Option, sich und die zahlreichen Maßnahmen und Engagement-Möglichkeiten vorzustellen und die kreisweite Vernetzung und den Austausch voranzutreiben. Für das neue Jahr sind folgende Maßnahmen geplant:

- Vorstellung der Vereine und deren Projekte auf der kreiseigenen Facebook-Seite.
- Platzierung in kostenlose Wochenblätter im Kreis.
- Auslegen von Postkarten in Vereinen und Einrichtungen.
- Erstellung von Bannern und Plakaten, um auf Veranstaltungen von Vereinen Präsenz zu zeigen.
- Teilnahme an Aktionstagen wie die Interkulturellen Wochen der Kommunen.



VIelfalt • BEGEGNUNG • TEILHABE • CHANCE • ZUKUNFT

Vielfaltsorientierte Öffnung durch mehrsprachige Angebote

Zur Systematisierung vielfaltsorientierter Angebote und Maßnahmen wurde erste Schritte umgesetzt: Um die Beteiligung der Mitarbeitenden am Prozess zu ermöglichen, wurde mit dem Bottom-Up-Ansatz gearbeitet. Es wurde eine in Kooperation mit der internen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Umfrage zum Thema „Diversity“ durchgeführt. So konnten erste Rückmeldungen von Mitarbeitenden der Kreisverwaltung eingeholt werden. Diese Umfrage soll in einem regelmäßigen Turnus in der Kreisverwaltung etabliert werden.

a) Charta der Vielfalt und der Deutsche Diversity Tag

Dieses Jahr fand der Deutsche Diversity Tag am 23.05.23 statt und feierte seinen 11. Geburtstag. Das Motto war "Wir zeigen Flagge für Vielfalt". Mit dem Hissen der „Flagge für Vielfalt“ hat Landrat Thomas Will auf den 11. Deutschen Diversity-Tag aufmerksam gemacht, der bundesweit durch diverse Aktionen gewürdigt wird.

Das Büro für Integration hat einen Diversity-Stand im Foyer des Kreishauses aufgebaut und Mitarbeitenden die Möglichkeit gegeben, die Wall of Diversity mit Ihren vielfältigen Ideen zu bereichern. Diese Aktion fand positive Resonanz bei den Mitarbeitenden.



Symbolischer Akt: Landrat Thomas Will, Sarah Müller und Ivan Garofalo vom Büro für Integration mit der Diversity-Flagge vor dem Landratsamt. FOTO: KREISVERWALTUNG



b) Sprachvielfalt der Mitarbeiter*innen im Haus

Für die Liste „Sprachvielfalt der Mitarbeiter*innen im Haus“ wurde ein Flyer in Form einer Postkarte entwickelt, um die Maßnahme und die Liste sichtbar zu machen. Rund um diese Liste wird es in den kommenden Jahren verschiedene Aktionen geben. Ein geplantes Sommerfest wurde aufgrund der Haushaltssperre verschoben. Erste Kennenlerngespräche mit Personen, die auf der Liste stehen, wurden durchgeführt. Diese sollen im kommenden Jahr fortgeführt werden.

SPRACHVIELFALT IN DER KREISVERWALTUNG

Die Kreisverwaltung fördert gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Wenn Sie Unterstützung bei der Verständigung mit Bürger*innen mit wenigen oder keinen Deutschkenntnissen benötigen, können Sie Kolleg*innen mit entsprechender Sprachkompetenz kontaktieren.

Infos im Intranet:
(Anmeldung erforderlich)
<https://intranet.kreisgg.de/sprache>

c) Umfrage zum Thema „Diversity“

Die Umfrage, die sich an alle Mitarbeitenden der Kreisverwaltung (auch Außenstandorte) richtete, gliederte sich in folgende Themenblöcke:

- Diversity im Arbeitsumfeld.
- Auswirkung der Kreisverwaltung als Dienstleisterin (sowohl für Mitarbeitende als auch für externe Kund*innen).
- Bedarfe und Zukunft.

Das Ergebnis der Umfrage und mögliche Maßnahmen sollte zunächst im Forum Führungsnetzwerk vorgestellt werden. In diesem Forum waren weitere Inhalte zum Thema Diversity und Vielfaltskompetenz geplant, u.a. ein Impulsvortrag. Ziel der Veranstaltung war eine Sensibilisierung für die Bedeutung von Diversity als Querschnittsthema in der Kreisverwaltung und für (bewusste und unbewusste) diskriminierende Handlungen und Strukturen. Diese Veranstaltung wurde aufgrund der Haushaltssperre kurzfristig abgesagt, soll aber im kommenden Jahr nachgeholt werden. Die Ergebnisse der Umfrage werden ebenfalls im kommenden Jahr veröffentlicht und allen Mitarbeitenden zugänglich gemacht.

Dienstbegleitende Unterweisungen (DU) für Auszubildende und Bachelor-Student*innen

Im Jahr 2023 hat eine dienstbegleitende Unterweisung stattgefunden. Die DU wurde gemeinsam mit der Internen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und dem Schwerbehindertenvertreter durchgeführt.

Das Büro für Integration hat für folgende Themenbereiche Schulungsinhalte erstellt:

- Vielfaltsdimensionen und Ebenen der Diskriminierung.
- Themenschwerpunkte im Büro für Integration.
- Informationen zum Thema Diversity und mögliche Maßnahmen.
- Informationen zum Thema Rassismuskritische Verwaltung und mögliche Maßnahmen.
- Vielfaltsorientierte Öffnung der Kreisverwaltung Groß-Gerau: interne Maßnahmen.

Zuschüsse

Aufgrund der Haushaltssperre konnten im Jahr 2023 keine Projekte oder Maßnahmen gefördert werden.

1.2.2 Antirassismuarbeit

NoRa-GG –Beratung und Begleitung

NoRa-GG steht für No Racism im Kreis Groß-Gerau und spiegelt eine gemeinsame Haltung gegen Rassismus und Diskriminierung wider. NoRa-GG ist für Betroffene von rassistischer Gewalt eine Beratungs- und Anlaufstelle im Landkreis Groß-Gerau. Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus bietet Beratung und Unterstützung, wenn rassistische Gewalt erlebt wird.

Die Hauptplattform der Maßnahme ist die Webseite www.NoRa-GG.de. Auf der Website können auch Broschüren und Flyer mit Informationen zu den Angeboten der Fachstelle und Informationen zur Vernetzung im Landkreis Groß-Gerau heruntergeladen werden. Die Broschüren und Flyer können neben anderen Artikeln (Autoaufkleber, Plakate, Banner) auf Wunsch auch in Print bestellt werden. Folgende Angebote der Fachstelle werden mit NoRa-GG vermittelt:

1. Motto **Du bist nicht allein**: Beratung für Betroffene von rassistischer Gewalt,
2. Motto **Mach was gegen Rassismus**: Informationen und Unterstützungsangebote für Menschen und Organisationen, die sich gegen Rassismus engagieren und
3. Motto **Gemeinsam gegen Rassismus**: Vernetzung im kreisweiten Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus.



Aktuelles aus dem Jahr 2023:

Um eine niedrigschwellige und ortsnahe Kontaktaufnahme für Menschen zu ermöglichen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, haben sich bereits in 2021 Netzwerkpartner*innen bereit erklärt vor Ort als Anlauf- und Erstberatungsstelle zu unterstützen. Sie sind ebenfalls auf www.NoRa-GG.de aufgeführt.

Damit der Wirkungskreis sich erweitert wurde in 2022 die AG NoRa gegründet. Ziel ist einerseits die Gewinnung von weiteren Ansprechpersonen, die NoRa-GG vor Ort unterstützen, und andererseits die Bewerbung von NoRa-GG zu verstärken, um sie sichtbarer und bekannter zu machen.

Aufgrund der Haushaltssperre konnte NoRa im Jahr 2023 nicht aktiv beworben werden. Sie wurde jedoch bei allen relevanten Netzwerk- und Arbeitsgruppen stets vorgestellt.

Monitoring von Fällen im Landkreis Groß-Gerau

Hier werden nur Fälle von Betroffenen oder Zeug*innen aufgezeigt, die sich mit der anonymen Dokumentation einverstanden erklärt haben. 2023 wurden insgesamt 21¹ Fälle gemeldet:

Anti-arabischer Rassismus	2
Antimuslimischer Rassismus	5
Antischwarzer Rassismus	4
Antisemitismus	1
Hass im Netz	1
Hitlergruß	2
Institutioneller und struktureller Rassismus	3
Racial Profiling	1
Rassismus und Diskriminierung	9
Rassistische Angriffe auf Menschen und Institutionen (verbal und körperlich)	6
Rassistische und Diskriminierende Sprache	1
Rechtsextremismus	11
Verwendung von rechtsextremen Symbolen, Begriffen und Codes	11

Ziele der Dokumentation

Die Dokumentation soll aufzeigen, welche rechtsextremen Aktivitäten und welche rassistischen Angriffe im Landkreis Groß-Gerau jährlich passieren. Hierbei geht es nur um die Vorfälle und nicht um die Interventionen bzw. Konsequenzen, die auf die Vorfälle folgen. Zum Schutz der Betroffenen und um Gerichts- bzw. Ermittlungsverfahren nicht zu gefährden, wird bewusst darauf verzichtet.

Die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Fälle ist hoch. Die Dokumentation soll Relativierungen und Bagatellierungen bei rechtsextremen und rassistischen Fällen entgegenwirken und ein Bewusstsein dafür schaffen,

¹ Hinweis: Ein Fall kann mehreren Kategorien zugeordnet sein. Deshalb unterscheidet sich die Anzahl der Gesamtfälle von der Anzahl der einzelnen Kategorien.

dass diese Vorfälle Alltag sind und schwerwiegende Folgen für die Betroffenen hervorrufen. Der ausführliche Monitoringbericht ist gesondert zusammengestellt und kann auf der Website eingesehen werden.

Kooperationen für ein hessenweites Monitoring

Die Dokumentation wird an folgende Einrichtungen weitergeleitet, damit ein umfassendes hessenweites Monitoring erreicht werden kann:

- Evangelischer Regionalverband Frankfurt und Offenbach für den Bericht von #hessenschauthin RESPONSE
- Demokratiezentrum Hessen für den Monitoring-Bericht Rechtsextremismus in Hessen.

Wichtige Hinweise:

- Zum Schutz der Betroffenen und der Meldenden ist die Dokumentation insgesamt anonymisiert.
- Eine Meldung über die Meldeplattform NoRa-GG gilt dann als verifiziert, wenn es einen Kontakt zwischen der meldenden Person und der Fachstelle gegen Rechtsextremismus bzw. den Ansprechpartner*innen von NoRa-GG gab, es sich um eine Pressemitteilung oder Polizeimeldung handelt oder der Fall nachgeprüft werden konnte.
- Es werden nur Namen von Menschen genannt, die im Öffentlichen Leben stehen (z.B. Politiker*innen).

Internationale Wochen gegen Rassismus

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat die gemeinsame Broschüre des Landkreises mit allen Veranstaltungen im Landkreis Groß-Gerau zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2023 koordiniert und erstellt. Zwischen dem 20. März und dem 02. April fanden insgesamt 22 Veranstaltungen und Aktionen unter dem Motto „Misch dich ein!“ im Landkreis Groß-Gerau statt.

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus veranstaltete folgende Aktionen:

- **Workshop: Zivilcourage – Wie mische ich mich richtig ein?:** Der Workshop wurde zusammen mit Fabian Salars Erbe e.V. und Doppelpack organisiert. Er bietet Raum, um über Erlebtes und Unsicherheiten zu sprechen, sich über Mut und Hilfeleistungen auszusprechen. In dem Workshop wurden Lebensrealitäten, Handlungsmöglichkeiten mit Wissen zusammengeführt, um Handlungssicherheit zu erlangen. Leider musste der Workshop aufgrund geringer Anmeldungen abgesagt werden.
- **Ausstellung „Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990“:**

Die Ausstellung ist vom Verein Opferperspektive und war vom 20. März bis zum 11. April in den Besprechungs- und Konferenzräumen der Kreisverwaltung zu sehen. Die Ausstellung ist eine Dokumentation wider das Verdrängen und Relativieren rechter Gewalt. Sie erinnert an diese Menschen und thematisiert zugleich die anhaltende Verdrängung rechter Gewalt. Ausgestellt sind 186 Bilder von Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind.





1. Juli - Tag gegen antimuslimischen Rassismus

Aufgrund der Haushaltssperre konnte im Jahr 2023 keine Veranstaltung organisiert werden.

Come-Together-Preis für Demokratie und Menschenrechte

2023 konnte der Come-Together-Preis aufgrund der Haushaltssperre nicht wie im gewohnten Rahmen stattfinden. Alternativ wurden einige Gewinner*innen vor Ort besucht. Für 2024 stehen weitere Termine fest. Es wurden insgesamt elf Vorschläge von Institutionen und Vereinen eingereicht. Davon wurden zwei Personen und drei Organisationen zur Ehrung als Gewinner*innen ausgewählt.



Preisträger*innen des Come-Together Preises für Demokratie und Menschenrechte 2023 sind:

- Personen: Moritz Fehling und Ole Knodt (Mörfelden-Walldorf).
- Organisationen: Spieltreff Multi Kulti (Ginsheim-Gustavsburg), Projekt "Kaffee und Kakao" (Stadt Groß-Gerau) und Interreligiöser Dialogkreis (Raunheim).

Förderprogramm zur Demokratiestärkung

Aufgrund der Haushaltssperre konnten im Jahr 2023 keine Projekte oder Maßnahmen gefördert werden.